

auch erlebt, daß eine „Magenverstimmung“, die der Staatssekretär Gysi einem kirchenleitenden Menschen gegenüber beklagte, bei uns als „Darmdurchbruch“ ankam. Das zwang uns dann, uns ein Stück Unempfindlichkeit und manchmal Rücksichtslosigkeit gegenüber den Kirchenleitungen anzugewöhnen, um zu erkennen, daß der „Darmdurchbruch“ eben nur eine „Magenverstimmung“ ist.

Fairerweise will ich auch von der Erfahrung berichten, daß Kirche uns immer wieder als Druckmittel gegenüber den Machhabern verwandt hat. Das ging dann etwa nach der Devise: Ihr Regierenden müßt uns in dieser oder jener Angelegenheit noch ein Stück entgegenkommen, sonst können wir die Chaoten in unseren Gruppen nicht ruhig halten. Das wird dann alles noch schlimmer, wenn ihr uns nicht noch ein Stück entgegenkommt. Das war oft ein heikles Spiel, das z. B. auch Manfred Stolpe mit den Mächtigen gespielt hat. Aber auch das sei fairerweise gesagt: Das eine oder andere ist damit eben auch erreicht worden. So können wir heute sagen: Dadurch, daß es die Gruppen gab, ist die Verhandlungsposition der Kirchen gegenüber den Machhabern stärker geworden. Die Gruppen wurden zu politischen Faktoren, die die Regierenden zu Kompromißlösungen zwangen. Die Gruppen in der ganzen Vielfalt ihrer Interessen, Lebensformen und Persönlichkeiten, so möchte ich hier schon vorwegnehmend sagen, haben eine heilsame Unruhe in die Kirchen hineingetragen, haben manche verschreckt, manche zum Nachdenken und Mittun angeregt und zu jener Politisierung beigetragen, die es ermöglichte, daß die Kirchen in der Zeit der Wende ganz nahe beim Volk waren. Wir werden heute eine eigentlich viel zu kleine Zahl von Menschen hören können, die sich in diesen Gruppen engagierten. Ich danke denen, die sich von uns zu dieser Anhörung haben einladen lassen. Ich weiß, daß es hier bei dem einen oder anderen auch Bedenken zu überwinden gab. Darüber sollte nachher auch ganz offen gesprochen werden. Ebenso offen sollte auch darüber geredet werden, was aus den Gruppen und den Menschen in ihnen nach der Wende geworden ist. Wie geht es ihnen heute? Wo stehen sie jetzt? Was machen sie heute? Welche Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten sehen sie heute in Kirche und Gesellschaft? Wo sind ihre Erwartungen erfüllt und wo sind sie enttäuscht worden? Es wird bei all diesen Fragen, so ist meine Ahnung, nicht nur um Vergangenheit gehen, sondern – wie überhaupt bei der Arbeit der Enquete-Kommission – auch um unsere Gegenwart und um unsere Zukunft. Wir werden uns darum den Fragen und der Unruhe aussetzen. Ich wünsche uns allen bis 14.00 Uhr einen möglichst guten und intensiven Tag und bitte jetzt fortzufahren. Der erste, der jetzt für uns reden wird zum Thema „Die Kirchen und die Gruppen“ ist Pfarrer Rudi Pahnke aus Borgsdorf bei Berlin. Bitte, Herr Pahnke.

Pfarrer Rudi-Karl Pahnke: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich möchte drei Dinge vortragen. Das Thema habe ich so formuliert: „Die Kirchen

des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und ihr Verhältnis zu den Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen“:

1. Das Jahr 1968 als Ausgangspunkt und Zäsur;
2. Von 1968 bis 1989 – die faktische Spaltung der Kirche angesichts der Disparatheit der Gruppen;
3. Beispiele für diese Situation.

1. *Das Jahr 1968 als Ausgangspunkt und Zäsur:*

Die Ereignisse des Jahres 1968 haben die Verhältnisse in der DDR entscheidend beeinflußt und verändert. Ein Jahr später, 1969, wurde der Bund der Evangelischen Kirchen gegründet. Seine Gründung hat zwar keine augenfällige direkte Beziehung zu den Ereignissen des Jahres 1968, aber muß auch in diesem Zusammenhang verstanden werden. Ich möchte das an zwei Ereignissen deutlich machen. Am 6. April des Jahres 1968 wurde in einem Volksentscheid über eine neue, jetzt als sozialistisch deklarierte Verfassung abgestimmt. Diese Verfassung war für die Kirchen zweifellos ein Härtefall. Ihnen wurde zugemutet, daß die in der Verfassung von 1949 garantierten Rechte nun nicht mehr verfassungsrechtlich geregelt wurden. 1949 hieß es: „Die Religionsgemeinschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechts ...“ (Artikel 43). Ihnen wird auch zugestanden, „zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen“ (Artikel 41). So haben sich die Kirchen auch immer verstanden. Die Artikel 40 bis 48 behandeln dann die grundsätzlichen Fragen der Beziehung zwischen Staat und Kirche inklusive Religionsunterricht. 1968 werden lediglich in zwei Absätzen des Artikels 39 die grundsätzlichen Fragen der Beziehung zwischen Staat und Kirche behandelt. Mitglieder der Kirchen haben durch viele Eingaben diese Formulierung erzwungen. Zusätzlich kann man noch den Artikel 20 heranziehen, in dem es im ersten Absatz heißt: „Jeder Bürger der DDR hat unabhängig von seiner Nationalität, seiner Rasse, seinem weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnis, seiner sozialen Herkunft und Stellung die gleichen Rechte und Pflichten. Gewissens- und Glaubensfreiheit sind gewährleistet. Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich.“ In Artikel 39 heißt es dann, daß jeder Bürger das Recht hat, „sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen und religiöse Handlungen auszuüben“. Im zweiten Absatz des Artikels 39 heißt es, daß die Kirchen ihre Angelegenheiten und ihre Tätigkeiten in Übereinstimmung mit der Verfassung und den gesetzlichen Bestimmungen der DDR ausüben und ordnen. Das war zweifellos eine sehr schroffe verfassungsrechtliche Reduzierung gegenüber 1949, obwohl diese Regelungen von 1949 bereits zwischen 1949 und 1968 ausgehöhlt waren, wenn man an 1953 und die folgenden Jahre denkt. Eine Kann-Bestimmung ließ in Absatz 2 dieses Artikel 39 alles offen. Damit hing letztlich alles von der Gnade oder Ungnade des Parteiapparates 1968 ab. So

heißt es dort: „Näheres kann durch Vereinbarung geregelt werden.“ Damit war für die Kirchen sehr vieles offen. Zwar war es so, daß im April 1968 lediglich 94,49 Prozent der DDR-Bevölkerung für diese Verfassung gestimmt haben, aber was bedeutete das schon in der praktischen Politik der DDR. Die SED hatte mit diesem Verfassungstext freie Hand. Die Kirchen befanden sich seit Gründung der DDR – vor allem zwischen 1952 und 1953, auch speziell seit 1954 –, mehr oder weniger in der Defensive, also seit ihren katastrophalen Einbrüchen durch die mit staatlichem Druck eingeführte und durchgesetzte Jugendweihe. Die Gemeinden waren dezimiert durch die hohe Zahl der Flüchtlinge Richtung Westen vor dem Mauerbau, das ist ja ein Fakt, den man nicht vernachlässigen darf, verursacht z. B. durch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft. In der Zeit zwischen 1961 und 1968 hat sich die DDR dann zweifellos nach innen und außen konsolidiert. Die Macht, hieß es in vielen Diskussionen, an die ich mich erinnern kann, lassen wir nicht mehr aus den Händen. Man bemühte sich, die Jugend systematisch von der Kirche zu entfremden. Das kann man nachweisen. Die Säkularisierung hat in der DDR eine eigene Farbe, unter anderem dadurch, daß die FDJ alles an sich zog oder ziehen mußte, was nach Jugendsozialarbeit, Jugendfreizeiten, staatlicher Jugendhilfe u. a. aussah. Mit Hilfe des gesamten staatlichen Repressionsapparates versuchte man, jeden Versuch auch von nichtkonfessioneller Seite zu unterbinden bzw. einzuschränken, in diesen Bereichen Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit eigene Konzepte und Ideen umzusetzen, eigene Strukturen zu schaffen und aufzubauen und die engen Grenzen der vom Staat konzedierten Religionsausübung zu erweitern. Erst 1987 z. B. ist es gelungen, eine Fachtagung der Kirche zu Fragen der Jugendsozialarbeit mit Vertretern der staatlichen Jugendhilfe und Fachleuten aus den unterschiedlichsten staatlichen Institutionen durchzuführen. Die Schaffung des Bundes der Evangelischen Kirchen 1969 beinhaltete seitens der Kirchen bei allen damit in den Kirchen gegebenen Differenzierungen und Konflikten doch gleichzeitig den Versuch, das auch auf die Kirchen seitens der SED häufig mit Erfolg angewandte Prinzip „Teile und herrsche“ zu unterlaufen. Man denke an den Thüringer Weg. Der Staatsapparat hat die Existenz des Bundes trotz der Aussage in Artikel 4 Abs. 4 der Grundordnung des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR von der Gemeinschaft mit den Kirchen im anderen Teil Deutschlands schließlich akzeptiert und in der Folgezeit auf verschiedene Weise versucht, sich auch diese kirchliche Struktur des Bundes für die eigenen politischen Ziele zunutze zu machen. Die kirchlichen Erklärungen und Verlautbarungen zur Kirche im Sozialismus boten dafür Ansatzpunkte. Der Staat verstand sie zweifellos anders, als die Kirchen sie verstanden, und zwar als eine Zuweisungsformel. Das war keine Konfliktformel im Sinne des Staates, sondern eine Zuweisungsformel. Eine fundamentale kritische Auseinandersetzung mit den ideologischen Grundlagen, der Grundstruktur, der Praxis dieser Gesellschaft erfolgte meines Erachtens – nach den zehn Artikeln über „Dienst und Freiheit

der Kirche“ (1963) – erst wieder in der Ökumenischen Versammlung in den letzten Jahren der DDR, 1987 bis 1989. Ich meine eine fundamentale Auseinandersetzung; partiell ist das immer wieder geschehen, das ist klar. Das Jahr 1968 aber war natürlich vorrangig durch ein ganz anderes Ereignis bestimmt, und zwar durch die Besetzung der CSSR durch die Staaten des Warschauer Vertrages. Viele Menschen auch in der DDR haben auf den Erfolg und den Durchbruch des Prager Frühlings gehofft. Manche haben, wie erst jetzt aus den Akten der Staatssicherheit ersichtlich ist, vieles riskiert. Stefan Wolle hat das sehr deutlich gemacht: „Untergang auf Raten“. Auch in seinen Recherchen zu den Akten der Gauck-Behörde ist das sehr deutlich geworden. Der Sozialismus mit menschlichem Antlitz Dubceks hat über die verschiedenen Abgrenzungen hinweg, Grenzen zwischen den Menschen und Menschengruppen, Menschen fasziniert, Christen und Marxisten, Atheisten, Dissidenten verschiedener Couleur und sich als glaubend verstehende Menschen: Havemann, Biermann, Heino Falcke und andere. Falcke wählte bei dem Vortrag 1972, der schon erwähnt wurde, Formulierungen, die für den Kundigen den Zusammenhang mit Prag 1968 sehr deutlich herausstellten. Deshalb wurde er eine Zielscheibe der politischen Diffamierung und der staatskonformen theologischen Kritik. Das Jahr 1968 ist so etwas wie eine Grenzscheide in der Geschichte der DDR. Es war von erheblicher Bedeutung, daß die Kirchen – bis auf Ausnahmen – die militärische Intervention als eine folgenschwere, tragische politische Fehlentscheidung ansahen. Der Brief der Kirchenleitung an die Kirchen der CSSR war zwar kein empörter Aufschrei, aber er unterschied sich diametral von der offiziellen Propaganda und auch von der Zustimmung der Blockparteien, inklusive CDU. Seit diesem Ereignis, seit dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Vertrages 1968, nahmen sich Menschen mit einem kritischen Bewußtsein in der DDR anders wahr. Manche Personen in der Kirche werden von da an von politisch wachen, DDR-kritischen Menschen als Verbündete in einem zwingend notwendigen Veränderungsprozeß entdeckt. Die Kirche wird in Ansätzen als ein möglicher Raum der Freiheit erfahren und reflektiert, von Schriftstellern, von Liedermachern, von philosophisch denkenden Menschen, von Personen, die über andere pädagogische Konzepte nachdenken, denn die Kirchen haben in den peinlichen Chor jener, die der Besetzung der CSSR zustimmten – hier könnte man listenweise die Namen und Institutionen vorführen –, nicht eingestimmt, von einigen einzelnen Personen abgesehen. Man hat damals offensichtlich deutlich empfunden, daß hier eine Grenze überschritten war. Das heißt, die Breschnewdoktrin wurde nach meiner Wahrnehmung von den meisten Christen und Kirchen nicht mit vertreten, und das öffnete die Wege zu den Koalitionen und Komplikationen der folgenden Zeit.

2. *1968 bis 1989 – die faktische Spaltung der Kirche angesichts der Disparität der Gruppen:*

Die Kirchen und die Personen der Kirche haben auf die sich in der Folgezeit bildenden Gruppen, zu denen immer auch Nichtchristen gehörten, unterschiedlich reagiert. Natürlich hat es im Raum der Kirche auch vor 1968 Begegnungen mit nichtchristlichen Personen gegeben, zum Beispiel mit Schriftstellern und Fachleuten unterschiedlicher Art bei den Evangelischen Akademien oder bei der Goßnerschen Mission, die für sich in Anspruch nahm, für Menschen aus dem Raum der Gesellschaft besonders offen zu sein. Aber nun nach 1968, durch 1968, war das alles anders. Da kamen die Menschen von außen, vor allem die politisch Kritischen, die sich zum Beispiel mit Robert Havemann identifizierten. Da wurden junge Liedermacher wie Gerhard Schöne oder Bettina Wegner im Raum der Kirche aktiv. Mitte der siebziger Jahre sang Wolf Biermann in der Kirche in Prenzlau. Der eine, Gerd Schöne, war in der Kirche, ihn konnte man darum nicht abweisen, man ertrug ihn gern, leidend, und auch das, was er sang. Bettina Wegner jedoch war Nichtchristin, aber suchte den Freiraum der Kirche und die Menschen der Kirche. Das wurde bald zum Konflikt, da die Gefahr bestand, daß sie die Kirche in ihre Auseinandersetzung mit dem real existierenden Sozialismus hineinzog. Die Kirche geriet in einen Differenzierungsprozeß hinein. Ein Teil der jungen Generation der Kirche identifizierte sich mit den Texten von Havemann, Biermann, Wegner, Schöne und anderen. Einige Mitglieder der Kirchenleitung teilten diese kritische Sicht, andere aber reagierten auf dem Hintergrund ihrer Identifikation mit dem DDR-Staat und/oder mit theologischen Argumenten schroff ablehnend. Diese Konflikte spielten von nun an eine wesentliche Rolle zwischen der Jugendarbeit der Kirche und den Kirchenleitungen. Ein Hintergrund dieser Konflikte waren offensichtlich die Kontakte zwischen Kirchenleitung und staatlichen Stellen und – wie wir damals ahnten und nun wissen – MfS und IM in den Kirchen. Solche Konstellationen wiederholten sich in fast allen folgenden Auseinandersetzungen. Aber in der jungen Generation wurden die ideologischen Grenzüberschreitungen, die vorher viel komplizierter zu bewerkstelligen waren, das Normale. Dabei verknüpfte sich eine bewußt christliche Lebenseinstellung häufig mit einer DDR-kritischen politischen Haltung, ohne die Existenz der DDR in Frage zu stellen. In den siebziger Jahren wurde Kirche auf diesem Hintergrund als Frei- und Lebensraum für junge Leute zunehmend interessant, sicher auch im Zusammenhang der Repressionen der Gesellschaft. Die junge Generation nahm den weltanschaulichen Konflikt nicht mehr todernst, sondern war bereit, andere Positionen ohne Verkrampfung und Angst zur Kenntnis zu nehmen. Die Kirche hat sich ihrerseits mit dem Aufbau einer seelsorgerlichen Ausbildung – hier ist der Name Siegfried Ringhandt zu nennen – und vielfachen Bemühungen um die Fragen der Jugendarbeit und der jungen Generation auch ihrerseits bemüht, der jungen Generation angemessen

zu begegnen. Da haben zum Beispiel FDJler 1973 beim Weltjugendtreffen in Berlin in großer Zahl die Kirchen in Berlin aufgesucht und sie als einen Ort der Nachdenklichkeit erlebt. Das war für uns außerordentlich überraschend, befremdlich und gleichzeitig herausfordernd. Es entstanden in diesen Jahren neue kirchliche Arbeits- und Lebensformen, wie die offene Arbeit mit ihren Grundprinzipien: einfach leben, gemeinsam leben, gewaltfrei leben. Sie hatte zunächst einen Schwerpunkt in Thüringen. Walter Schilling ist hier anwesend, er spielte eine zentrale Rolle, hat viele Bereiche der kirchlichen Jugendarbeit verändert und herausgefordert, bis in die Zeit der Wende hinein. Die Kirche und Diakonie der Kirche reagierten auf die Veränderungen und auch Unsicherheiten der jungen Generation mit dem Aufbau einer sozialdiakonischen Ausbildung ab 1972 und dem Aufbau sozialdiakonischer Arbeitsfelder in vielen Großstädten der DDR. Der Staat und die Staatssicherheit haben diese Vorgänge, wie inzwischen hinreichend bekannt ist, mit Argwohn registriert, zu steuern und zu beeinflussen versucht.

1976 war dann ein entscheidender Schnittpunkt: In Zeitz hatte sich Pfarrer Brüsewitz verbrannt. Im November wurde Wolf Biermann aus der DDR ausgewiesen. Bei der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien im Sommer 1976 hatten die Eurokommunisten erzwungen, daß alle Reden im „Neuen Deutschland“ abgedruckt werden müssen, was dann geschah. Da waren dann die fundamentalkritischen Sätze des Spaniers Carillo oder die Reden der Italiener im „Neuen Deutschland“ nachzulesen. Das „Neue Deutschland“ war an diesen Tagen vergriffen.

Anlässlich der Diffamierungskampagne gegen Brüsewitz kritisierten junge kritische Marxisten das „Neue Deutschland“ und solidarisierten sich mit der Kirche. Sie verfaßten eine Eingabe an Erich Honecker. Vier Personen wurden daraufhin inhaftiert und verurteilt. Andere wurden zunächst festgesetzt und hatten Hausdurchsuchungen zu ertragen. Wie reagierte darauf die Kirche? Der leitende Bischof des DDR-Kirchenbundes hat den Brief jener kritischen Sozialisten nicht entgegengenommen, den ihm zwei Jugendpfarrer mit der Bitte brachten, ihn an die Kirchenleitung der Kirchenprovinz Magdeburg zu leiten. Man befürchtete offensichtlich, in Konflikte mit dem Staat hineingezogen zu werden. Der damalige Präsident der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Union, Dr. Reinhold Pietz, hat dann jedoch diesen Brief entgegengenommen und ihn an die provinzsächsische Kirche weitergeleitet, das heißt ein Duplikat dieses Schreibens, denn das Original war ihm von einem Staatsanwalt während eines Empfangs für den russisch-orthodoxen Exarchen abgenommen und beschlagnahmt worden. Pietz hatte jedoch eine Kopie anfertigen lassen, und so kam der Brief doch dorthin, wo er hinsollte. Dieser Konflikt zeigt meines Erachtens exemplarisch, wie zerrissen die Kirche auf Vorgänge solcher Art reagierte. Die kirchliche Leitstrategie für solche Konfliktsituationen hat Albrecht Schönherr immer wieder mit folgenden Worten formuliert: „Wir

müssen unterhalb der Schwelle der Konfrontation bleiben.“ Diesen Satz kannten wir alle auswendig. Und oft war von kirchenleitenden Personen in Konfliktsituationen zu vernehmen: „Das können wir den Genossen nicht zumuten.“ Andere Personen aber waren bereit, sich über die Konfliktvermeidungsstrategie hinwegzusetzen und sehr viel stärker auf die Anliegen der sich Anfang der achtziger Jahre herausbildenden Gruppen zu hören, z. B. Gottfried Forck. Die Kirche und die Kirchenleitungen befanden sich zweifellos, wie noch zu zeigen sein wird, in einem Differenzierungsprozeß. Natürlich kann heute auch nicht mehr übersehen werden, daß sich die Gruppen ebenfalls in einem Differenzierungsprozeß befanden. Es kann z. B. heute oft noch nicht präzise genug gesagt werden, was die Staatssicherheit in den Gruppen steuerte, wo sie bremste, wo und wie sie Konflikte inszenierte, provozierte und wo nicht. Das ist eine sehr spannende, auch dramatische Frage.

1978 erregte – kurz nach dem Gespräch zwischen Honecker und Schönherr – die Einführung des obligatorischen Wehrunterrichtes an den Schulen viele Jugendliche, Eltern und Jugendmitarbeiter. Schauen wir ganz kurz zurück: 1962 wurde in der DDR die Wehrpflicht eingeführt. 1964 wurde wegen der Bereitschaft vieler junger Leute, um des Gewissens willen ins Gefängnis zu gehen, das Bausoldatengesetz verabschiedet, das einen Dienst in der NVA ohne Waffen möglich machte, aber eben mit Uniform im Rahmen der Armee mit einem Gelöbnis. Ab 1961 gab es die Ordnungsgruppen der FDJ, in denen bereits Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr an Waffen ausgebildet wurden. Ab 1952/54 gab es bereits die Kampfgruppen. Ab 1978 und 1980 (1981 – Einführung des Kriegsrechtes in Polen) befürchteten viele Menschen eine immer stärkere Militarisierung des gesamten Lebens. Die Militarisierung des Lebens führte unabhängig, aber auch im Zusammenhang mit dem Nachrüstungsbeschluß der NATO, in der Reaktion zur Bildung von Friedensgruppen, auch der Gruppe „Frauen für den Frieden“, in Parallele zu der Friedensbewegung in Westeuropa und der Bundesrepublik – eigenständig, aber parallel. Die zunehmende Wahrnehmung und Einsicht in die katastrophale Umweltsituation führte in der Folgezeit zur Entstehung der Umweltgruppen. Die Beschäftigung mit den Menschenrechtsfragen und dem KSZE-Prozeß später, aber eben doch unter Aufnahme und Berücksichtigung der Charta 77 und der polnischen Bürgerrechtsbewegung, führte zur Bildung von Menschenrechtsgruppen, z. B. der wichtigen „Initiative Frieden und Menschenrechte“.

Ab 1983 gab es einen DDR-weiten Zusammenschluß der verschiedenen Gruppen unter der Schirmherrschaft und unter dem Dach der Kirche. Dieses Netzwerk „Konkret für den Frieden“ war für die Demokratisierung in der DDR bis zur Wende von größter Bedeutung. Das hat auch seine Auswirkungen auf die ökumenischen Versammlungen 1987 bis 1989 gehabt, obwohl zahlreiche IM hier in diesem Netzwerk „Konkret für den Frieden“ eine nicht unwesentliche Rolle spielten – Wolfgang Schnur beispielsweise.

Ab 1982 gab es in Berlin jährlich die Friedenswerkstatt, an der sich DDR-weit viele Gruppen und Initiativen beteiligten. Bei diesen Friedenswerkstätten wie auch bei Seminaren und dem Netzwerk „Konkret für den Frieden“ wurden in der Regel die gesellschaftlichen Fragen und Konflikte in großer Offenheit diskutiert, wobei der Staatsapparat und die Staatssicherheit bemüht waren, die Offenheit der Diskussion und Aktionen zu verhindern und einzuschränken.

1986 waren die Partei, der Staatsapparat, die Staatssicherheit und ein Teil der Kirchenleitung in Berlin-Brandenburg bemüht, die Fortführung der Friedenswerkstatt zu verhindern. Das gelang in einer konzertierten Aktion zwischen Vertretern der Kirchenleitung, der Staatssicherheit und dem Staatsapparat. In der bisher möglichen Weise war die Fortführung der Friedenswerkstatt in Berlin danach nicht mehr möglich, obwohl sie noch bis 1988 weitergeführt wurde. Damit aber hatte man faktisch bestimmte Gruppen DDR-weit aus dem Gesamtzusammenhang der Kirche herausgedrängt. Diese Gruppen gingen nun eigene Wege in mehr oder weniger lockerer Anbindung an die Kirchen oder im Schatten der Kirche und Einzelgemeinden und wirkten von da an noch stärker in die Gesellschaft hinein, wiederum in Kooperation mit bestimmten Gruppen der Kirche. Diese Verbindung ist im Grunde nie abgerissen. Die Staatssicherheit hat sich also, verbunden mit ihren IM und anderen Mitarbeitern in den Gruppen und der Kirche, mit ihren direkten und indirekten Einflüssen letztlich einen Bärendienst erwiesen, wie Gerhard Besier sagt.

3. *Beispiele für die faktische Spaltung der Kirche angesichts der Disparität der Gruppen:*

3.1. Friedenswerkstatt 1986 und die Folgen:

Seit 1982 gab es in Berlin diese Friedenswerkstätten, die von Mitarbeitern und vielen Gruppen der Kirche getragen wurden. Auch die Gruppen, die sich im Umfeld der Kirche befanden, sich aber als nicht kirchlich verstanden, waren inhaltlich und organisatorisch an diesen Friedenswerkstätten beteiligt. Es handelte sich um DDR-offene Veranstaltungen, das heißt, daß viele Menschen aus allen Teilen der DDR beteiligt waren, auch Menschen aus der Bundesrepublik und aus anderen Ländern Europas. In der Regel waren einige Hundert Menschen anwesend, einige Male auch einige Tausend. Die ersten Veranstaltungen fanden statt in der Zeit der Nachrüstungsbeschlüsse, der Aufstellung der Pershing 2 und SS 20, und waren für die ethische Urteilsbildung, die politische Meinungsbildung und den Austausch in den Gruppen und Initiativen von höchster Wichtigkeit. Jahr um Jahr wurde diese Veranstaltung vorbereitet und getragen von einem Vorbereitungs- und Mitarbeiterkreis. Sehr viel Energie und Zeit wurden investiert, viele kreative Aktionen und Einfälle waren für diese Veranstaltung kennzeichnend, natürlich auch Provozierendes. Der Arbeitsstil war, wenn man das heute noch einmal

Revue passieren läßt, demokratisch – basisdemokratisch. Es wurden Sprecher gewählt, die für die Kirchenleitung Ansprechpartner waren und am Tage der Veranstaltung selbst die Verantwortung mittrugen. Aber es gab von Beginn an auch Personen der Kirchenleitung, die seitens der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg in der Vorbereitungsgruppe mitarbeiteten und für diese Veranstaltung verantwortlich waren. In der Vorbereitungsgruppe war deshalb die Rede von einem Doppelkopf, der am Tage die letzte Entscheidung zu tragen hatte – eine Person seitens der Kirchenleitung, eine Person aus der Vorbereitungsgruppe. Themen der Friedenswerkstätten waren unter anderem: „Hände für den Frieden“, „Leben, nicht überleben“, „Die Verantwortung der Regierten“, „Miteinander streiten, solidarisch leben“.

Ab 1983 gab es das Netzwerk „Konkret für den Frieden“. Im Frühjahr 1989 wurde in diesem Netzwerk über den Antrag abgestimmt, ob man sich von nun an als eine politische Vereinigung verstehen solle. IM Thorsten, alias Wolfgang Schnur, und andere haben diesen Schritt mit Erfolg verhindert.

1986 kam es zu einem folgenschweren Eklat zwischen Kirchenleitung und Gruppen. In diesem Konflikt und in der Folgezeit wird die faktische Spaltung der Kirche angesichts der Aktivitäten und der Themen der Gruppen augenfällig. Die Friedenswerkstatt 1986 hatte das Thema: „Frieden – und Gerechtigkeit?“ Viele Aktivitäten waren vorgesehen, vieles wurde durchgeführt. Die Kirchenleitung aber hatte eine folgenschwere Entscheidung hinsichtlich der Verantwortung am Tag selbst gefällt. Generalsuperintendent Günther Krusche hatte allein die Verantwortung für den Inhalt und Ablauf des Tages. An seiner Seite sollte wieder ein Vertreter der Vorbereitungsgruppe stehen, der aber seitens der Kirchenleitung nicht als Verantwortlicher angesehen wurde. Als dann am Stand der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ ein bis dahin noch nicht zur Kenntnis genommener Text über Menschenrechtsverletzungen in Rumänien von den zahlreichen Vertretern der Staatssicherheit registriert und die Tatsache seitens eines Staatsvertreters dem Generalsuperintendenten telefonisch mitgeteilt wurde, ergriff dieser die Initiative und nötigte die Gruppe, diesen Text abzuhängen. Als die Initiative sich weigerte, entfernte Krusche selbst den Text. Man muß in diesem Zusammenhang erwähnen, daß sich die Vorbereitungsgruppe von Beginn an selbst einer gewissen Vorzensurregel gebeugt hatte, daß alle Texte vorher der Vorbereitungsgruppe bekannt sein mußten. Diese Regel hatte immer wieder zu Problemen geführt, aber im Falle des Vorgehens von Krusche eskalierte der Konflikt derart, daß von da an seitens vieler Vertreter der Gruppen zu Krusche kein Vertrauen mehr bestand. Für Generalsuperintendent Krusche war nach Wahrnehmung der Gruppen entscheidender, was die staatlichen Vertreter telefonisch bemängelten, als der Wahrheitsgehalt der veröffentlichten Informationen, z. B. über die Wahlen in der DDR – das war am Stand der Samaritergemeinde – oder über die Menschenrechtsverletzungen in Rumänien. Verschiedene Texte mußten auf den

Einspruch des Staates und auf Veranlassung von Generalsuperintendent Krusche entfernt werden. Diese Friedenswerkstatt hatte ansonsten einen ähnlichen Aufbau und eine ähnliche Vielfalt wie die Veranstaltungen in den Vorjahren. Im Anschluß an diese Veranstaltung kam es am 11. Juli 1986 zu einem weiteren folgenschweren Beschluß der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg und zu einem offenen Briefwechsel zwischen Generalsuperintendent Krusche und einem Mitglied der Sprechergruppe der Friedenswerkstatt. Der Brief von Dr. Krusche, in dem er auch den Kirchenleitungsbeschluß mitteilte, hatte folgenden Wortlaut – ich zitiere einmal so ein paar Abschnitte:

„Offener Brief an die Friedenskreise und Friedensgruppen in Berlin – Am 11. Juli 1986 faßte die Kirchenleitung der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg folgenden Beschluß: Die Kirchenleitung hält nach dem Verlauf der Friedenswerkstatt in diesem Jahr eine Denkpause für notwendig und beabsichtigt daher, im Jahre 1987 keine Friedenswerkstatt durchzuführen. Sie empfiehlt den Friedensgruppen, sich im Rahmen ihrer Gemeinden für den Kirchentag zu engagieren (1 Gegenstimme, 1 Enthaltung).

Warum wir eine Denkpause für die Friedenswerkstatt im März des Jahres 1987 brauchen?

1. Grund: Die Inhaltsfrage

Nach übereinstimmender Meinung haben die Friedenswerkstattveranstaltungen in den letzten Jahren zunehmend an Niveau verloren. Das betrifft nicht nur den theologischen Gehalt, worunter ja nicht unbedingt fromme Sprüche verstanden werden müssen, sondern auch das inhaltliche Niveau überhaupt, das den Ansprüchen aufmerksamer Zeitgenossen weitgehend nicht mehr genügt. Wir müssen daher auf die Vorbereitung viel mehr Zeit verwenden als bisher, wenn wir dem Anspruch genügen wollen, eine kirchliche Friedenswerkstatt zu veranstalten.

2. Grund: Die schwindende Qualität

Wie viele Teilnehmer bei der Auswertung der letzten Friedenswerkstatt selbstkritisch festgestellt haben, kann eine künftige Friedenswerkstatt nicht mehr aus dem Handgelenk vorbereitet werden. Es ist aus diesem Grunde auch unmöglich, daß kurzfristig eingebrachte, improvisierte Beiträge auf einer Veranstaltung mit einem derartigen Öffentlichkeitsgrad dargeboten werden. Qualitätsarbeit braucht jedoch langfristige Vorbereitung.

3. Grund: Die ungeklärte Frage der Zuständigkeiten.

4. Grund: Die ungeklärte Frage der Vertretung gegenüber dem Staat.“

In diesem Abschnitt heißt es: „Über diese Frage muß sehr genau und unter Einschätzung der gegebenen Situation nachgedacht werden. Da die staatlichen Organe sich stets an die Kirchenleitung halten, muß die Kirchenleitung informiert sein und auch über alle Entwicklungen auf dem laufenden gehalten werden. Das ist jedoch oft nicht der Fall, da viele Mitarbeiter in der Friedens-

werkstatt der Meinung sind, die Kirchenleitung könne gar nicht die Vertretung der Friedenswerkstatt wahrnehmen. Über diese Frage muß endgültig Klarheit geschaffen werden.

5. Grund: Die massiven Kommunikations- und Verständigungsprobleme zwischen Kirchenleitung und Friedenswerkstatt.

6. Grund: Die Situation im Vorfeld des Kirchentages 1987.“

Da heißt es: „In der Diskussion hat immer wieder das Jahr 1987 mit dem geplanten Kirchentag eine gewisse Rolle gespielt. Es muß zwar als eine Verdächtigung zurückgewiesen werden, um des Kirchentages willen werde die Arbeit der Friedenswerkstatt geopfert. Nur muß darauf hingewiesen werden, daß gerade für die Lösung der unter 1. bis 5. genannten Probleme das Jubiläumsjahr mit der angespannten politischen Situation weniger Spielraum läßt als andere, neutralere Zeiträume. Eine Verschiebung der Friedenswerkstatt auf den Herbst würde, schon wegen der in jedem Fall zu respektierenden Sommerpause, für die Entlastung der Situation nichts austragen.“ Das heißt also, sie sollte in diesem Jahr überhaupt nicht mehr stattfinden.

„7. Grund: Mangelndes Vertrauen zwischen Kirchenleitung und Friedensgruppen und eine Zusammenfassung.“

Daraufhin hat es eine öffentliche Antwort gegeben. Daraus will ich nur ein paar Sätze zitieren: „Da ich von der Vorbereitungsgruppe der diesjährigen Friedenswerkstatt wiederum in die Sprechergruppe berufen wurde und neben Ihnen von seiten der Vorbereitungsgruppe am Tage der Friedenswerkstatt selbst die Möglichkeiten und Probleme der diesjährigen Friedenswerkstatt hautnah erlebt habe, halte ich es für meine Pflicht, nun auch meinerseits unmißverständlich Stellung zu beziehen. Ich teile Ihre Auffassungen an den meisten Punkten nicht: 1. Ich finde besonders die Art und Weise des Verfahrens unglücklich, wenn nicht gar unmöglich. Es ist mir unverständlich, daß der Beschluß der Kirchenleitung zunächst nur auf indirektem Weg bekannt wurde, ja daß die Sprechergruppe zunächst keine Mitteilung erhielt, geschweige denn, daß das Gespräch mit ihr gesucht worden wäre.“ usw. Also da gibt es eine ziemlich heiße Auseinandersetzung. Die Kirchenleitung bleibt bei ihrem Beschluß, zumal die Weichen in Richtung Regionalkirchentag Berlin-Brandenburg 1987 gestellt waren. Heute läßt sich unschwer erkennen, was damals zu vermuten und lediglich ein Gerücht war, daß es Absprachen zwischen den Vertretern des Staates und Vertretern der Kirchenleitung gegeben hat über die Eliminierung bestimmter Aktivitäten der Friedenswerkstatt und anderer Veranstaltungen, um den Kirchentag 1987 ungestört durchführen zu können. Im Vorfeld der Friedenswerkstatt hat – wie stets vor solchen brisanten Veranstaltungen – ein Gespräch im Magistrat von Berlin stattgefunden. In den Akten des MfS heißt es dazu: „Genosse Hoffmann verwies in diesem Gespräch auf die Verantwortung der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg für die Wahrung des ausschließlich religiösen Charakters und die Unterbin-

dung des politischen Mißbrauchs der Veranstaltung. Er forderte insbesondere die Einleitung wirksamer Maßnahmen zur Verhinderung des Auslegens von Druckerzeugnissen politisch negativen Inhalts und der Durchführung von Unterschriftensammlungen zu Eingaben provokatorisch-demonstrativen Charakters. Generalsuperintendent Krusche betonte, daß seitens der Kirchenleitung bereits im Vorfeld der Veranstaltung einige Aktivitäten 'eliminiert' worden seien. Er erachte es im Zusammenhang mit dem für 1987 geplanten Kirchentag der Landeskirche als notwendig, ein politisches Gespür für das Machbare bei derartigen Veranstaltungen zu entwickeln.“

Diese Planung aber ging so nicht auf, und zwar wegen des dann durchgeführten Kirchentages von unten, der den Eklat zwischen Kirchenleitung und Gruppen vor aller Welt sichtbar machte. Die Kirchenleitung selbst bzw. ein bestimmter Teil der Kirchenleitung hat in dieser Situation die innere Distanz von Vertretern der Gruppen, die sich im Umfeld der Kirche befanden, zur Kirche und zur Kirchenleitung verstärkt oder verursacht. Wesentlich mitbeteiligt bzw. selbst Initiator eines Abgrenzungskurses gegenüber bestimmten Gruppen im Umfeld der Kirche war wiederum Dr. Krusche, der zunächst bei seinem Amtsantritt als Generalsuperintendent auf die Gruppen zugeht und sie in gemeinsame Aktivitäten einbeziehen wollte. Im Generalkonvent der kirchlichen Mitarbeiter im Jahre 1986 aber sprach er bereits – noch vor der Friedenswerkstatt – sehr folgenschwere Sätze aus. Diese Sätze machten vielen deutlich, in welche Richtung sich die Leitung der Kirche von nun an bewegen könnte. Er sagte damals u. a.: „Das weitverbreitete Mißtrauen gegenüber der sogenannten Leitungsebene signalisiert ein Grundproblem unserer Kirche, den Mangel an Kommunikation. Die Tatsache, daß zwischen den verschiedenen Gruppen und Generationen unserer Kirche massive Verständigungsschwierigkeiten auftreten – wie z. B. im Verlauf unserer letzten Synode –, muß bedenklich stimmen. Die Arbeitskontakte zwischen Staat und Kirche haben sich positiv weiterentwickelt, und auch im Grundsätzlichen hat es keine Rückschläge gegeben. Besonders erschwert wird die Lösung der anstehenden Probleme jedoch durch die zu beobachtende Komplexität. Denn während auf der oberen Ebene das nüchterne Sachgespräch und der verständnisvolle Dialog die Regel ist, sind die Erfahrungen unterhalb sehr unterschiedlich. Kritische Distanz und Verweigerung können nicht das letzte Wort sein. Der Antagonismus der Systeme gehört zum Kontext des kirchlichen Lebens in Berlin. Deshalb müssen wir prüfen, ob wir Profilierungshilfe für die 'Grünen' gewähren und Sammelbecken für Systemkritiker sein wollen. Wenn es stimmt, daß der Friede unteilbar ist, dann kann der Friede nicht gegen die Kommunisten erstritten werden.“

Ab 1987, nach scheinbar einvernehmlichen Aktionen zwischen den Gruppen, Kirche und Staat während des Olof-Palme-Friedensmarsches für atom- und chemiewaffenfreie Zonen in Mitteleuropa – im Umfeld des Honecker-

Besuches in Bonn –, eskalierte die politische Situation in der DDR. Da gab es die Ereignisse um die Umweltbibliothek in der Zionskirche, im Winter 1988 die Ereignisse um die Rosa-Luxemburg-Demonstration und die Ausweisungen von Bürgerrechtlern, im Herbst 1988 die Relegierung der Schüler der Ossietzky-Schule in Berlin-Pankow.

Bischof Dr. Forck nahm für alle sichtbar eine andere Position als z. B. Dr. Günter Krusche ein. Während der Frühjahrssynode 1988 hat sich Gottfried Forck von seiner evangelischen Position, wie er sie verstand, zu dem Engagement für die Gruppen geäußert und bekannt. Günter Krusche reagierte mit folgenden Worten vor der Synode darauf: „Differenzieren muß ich nun aber auch Ihre Ausführungen zum Thema Gruppen. Wir verkennen nicht, daß es in unserem Land viele Betroffene gibt, die ein Recht darauf haben, gehört zu werden. Aber das undifferenzierte Eintreten für jeden und für alles hat unsere Kirche in Zugzwang gebracht, ja erpreßbar gemacht. Um unserer Identität willen müssen wir unser Profil gegenüber den Gruppen bestimmen, und das wird ohne Abgrenzung nicht abgehen.“

Man muß sich jetzt in Erinnerung rufen, daß Gottfried Forck einundeinviertel Jahr später auf Druck von Honecker von Bischof Gienke aus Greifswald anlässlich der Dom-Einweihung förmlich ausgeladen wurde. Er wurde zur politischen Persona non grata.

Krusche erhält für seine Aktionen gegen die Gruppen sehr viel Beifall, z. B. von Hanfried Müller und den „Weißenseer Blättern“.

Immer wieder haben sich die Kirchenleitungen – und schließlich auch die Konferenz der Kirchenleitung – bemüht, ihr Verhalten zu den Gruppen zu bestimmen. Man kann da pragmatische, mehr theologische und politische Argumente unterscheiden. Ein Entwurf der Arbeitsgruppe Menschenrechte des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR ist 1989 bekanntgeworden, in dem in konfessorischer Weise Grenzen zu den Gruppen gezogen werden sollten. Da war nach Auffassung vieler die Barmer Theologische Erklärung mißbräuchlich verwendet worden, also zur Abgrenzung gegenüber diesen Gruppen. Dieser Entwurf wurde – offensichtlich nach einer kritischen Diskussion – zurückgezogen. Trotzdem hat Günther Krusche sehr ähnliche, fast wörtlich gleichlautende Thesen dann wieder in den Lutherischen Monatsheften veröffentlicht. Aber auch diese Veröffentlichung hat nicht mehr bewirken können, daß seine Position sich als kirchenleitende Generallinie auch in der Praxis durchsetzt. Hier sind – nun allerdings nach der Ausbürgerung von Freya Klier und Stephan Krawczyk – die Aussagen Gottfried Forcks sehr viel bestimmender geworden. Nach den Kommunalwahlen am 07.05.1989, den permanent zunehmenden Ausreisepersonen, den Vorgängen in Peking, im Vorfeld auch durch die Ökumenische Versammlung, welche Vertreter der Kirchen und der Gruppen zueinandergeführt hat, war die Abgrenzungslinie zu den Gruppen letztlich schon überholt. Anzumerken ist, daß auch die Vertreter der Gruppen

sich schwertaten im Umgang mit den vielen Ausreisewilligen. Viele haben es damals abgelehnt, solche Personen sehr aktiv in Aktionen einzubeziehen oder ihnen Verantwortung zu übertragen. Es bestand der permanente Verdacht, daß diese Personen durch ihre Mitarbeit nur ihr Ausreiseverfahren beschleunigen wollten. Vertreter der Gruppen wie auch Vertreter der Kirchen standen auf dem Standpunkt der Veröffentlichung der Kirche „Leben und Bleiben in der DDR“.

Eine relativ kleine Gruppe aus dem Bereich der Menschenrechtsgruppierungen hat sich den Anliegen der Ausreiseentschlossenen geöffnet, weil immer deutlicher wurde, daß Ausreiseentschlossene in einer rechtlosen Position waren. Es fällt mir heute im nachhinein auf, daß die Kirchen sich für die Entspannung in Sachen Ausreiseentschlossene relativ problemlos zur Verfügung stellten. Die weitere Entwicklung ging dann mehr oder weniger über viele hinweg, die um ein einvernehmliches Verhältnis zu den staatlichen Stellen bemüht waren und innerkirchlich einen Abgrenzungskurs zu den Gruppen durchsetzen wollten.

Ich breche hier einmal ab, würde gerne noch etwas zu den Vorgängen um die Kommunalwahlen sagen, aber das finden Sie dann in den Texten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Davon ausgehend, daß eine ganze Reihe unter uns eine solche chronologische Zusammenstellung nicht hat zur Kenntnis nehmen können, habe ich das so auch in dieser Länge durchgehen lassen, obwohl wir jetzt wieder, das muß ich ganz deutlich sagen, in Schwierigkeiten kommen werden.

Jetzt gleich Bruder Stauss aus Lauchhammer hinterher. Und dann nur Verstehensfragen, denn die beiden Brüder, die im Augenblick reden, sollen uns nur dabei behilflich sein, daß wir alle voll motiviert und voller Verständnis ins Podiumsgespräch mit einsteigen können. Also, es gibt jetzt hier danach keine große Diskussion mit den beiden Referenten, sondern tatsächlich nur Verstehensfragen. Bitte schön, Bruder Stauss.

Pfarrer Curt Stauss: Ich bin Pfarrer in Lauchhammer, einer Industriestadt etwa 50 Kilometer nördlich von Dresden entfernt. Ein Text liegt Ihnen nicht vor, das heißt, ich muß zu Ende bringen oder, ohne daß Ihnen etwas vorliegt, abrechnen. Ich werde mich darum bemühen.

„Die Kirche und die Gruppen“ – Gruppen gab es immer in der Kirche. Das Thema aber wurde virulent, als seit Anfang der achtziger Jahre zunehmend Gruppen mit ihren Treffen, Papieren und Aktivitäten die Sicherheitsorgane der DDR beschäftigten, und als staatliche Stellen in demselben Maß Druck auf Kirchenleitungen auszuüben begannen. Das Thema „Die Kirche und die Gruppen“ wurde zunehmend virulent, denn Netzwerke von Basisgruppen

sind entstanden. Zuerst schon 1971 das Netzwerk der Zweidrittelweltgruppen in Gotha, dann 1975 ein Netzwerk von Umweltgruppen, die mit dem kirchlichen Forschungsheim Wittenberg eine Studien- und Koordinationsstelle hatten, schließlich ab 1983 das jährliche DDR-weite Basisgruppentreffen „Konkret für den Frieden“, das bis zu 200 Vertreter und Vertreterinnen von Friedensgruppen, Zweidrittelweltgruppen, Umweltgruppen und Frauengruppen zusammenbrachte. Zu DDR-Zeiten war das eine ganz außerordentliche Organisationsleistung, um so mehr, als wir jetzt ahnen, wie sehr wir da behindert worden sind. Und nicht nur untereinander trafen sich diese etwa 200 Menschen, sondern jedesmal waren Vertreter der gastgebenden Landeskirche und Mitglieder des Vorstandes der Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR dabei, so daß ein Gespräch zwischen Kirchenleitungen und Gruppen stattfand. Die Veranstaltungen der Friedensdekade gewannen seit 1981 eine wachsende Öffentlichkeit und stellten 1982 mit dem Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“, mit dem sich viele Gleichgesinnte in der Öffentlichkeit wiedererkannten, eine enorme Ermutigung der einen und eine enorme Beunruhigung staatlicher Organe dar. Zunehmend virulent wurde das Thema „Kirche und Gruppen“ auf die ersten Nachrichten hin, daß auch Frauen für den Mobilmachungs- bzw. Verteidigungsfall gemustert werden sollen. Zahlreiche Frauengruppen „Frauen für den Frieden“ entstanden, die gegenüber den zuständigen Wehrkreiskommandos und gegenüber der kirchlichen Öffentlichkeit erklärten, daß sie für einen solchen Einsatz nicht zur Verfügung ständen. „Die Kirche und die Gruppen“ – das Thema klingt polarisierend: hier die Kirche, da die Gruppen. Das Thema ist der ungenaue Ausdruck für unterschiedliche Entwicklungen. In den Gruppen fanden sich zunächst Menschen zusammen, die Solidarität suchten. Friedens- und Umweltgruppen haben durch öffentliche Aktionen – weit über den staatlich erlaubten Rahmen hinaus – sichtbar gemacht, was auch die Synoden der Kirchen in der DDR in aller Deutlichkeit, aber eben ohne starke Resonanz, erklärt hatten, z. B. zur Raketenstationierung. Menschenrechtsgruppen, zum Teil bewußt außerhalb der Kirchen tätig, fragten nach Menschenrechtsverletzungen in der DDR. Subkulturen mit emanzipatorischem Anspruch entstanden, vor allem in der offenen Arbeit in einigen Großstädten. Ausreiser versuchten, die Kirche für ihr einziges Ziel, eben auszureisen, zu instrumentalisieren.

„Die Kirche und die Gruppen“ ist aber zugleich der ungenaue Ausdruck für die genannten, höchst unterschiedlichen Entwicklungen, denn zum einen gab es Gruppen in der Kirche, zum anderen waren Kirchenleitungsmitglieder selbst Mitglieder von Basisgruppen. Unter der Hand wurde der ungenaue Ausdruck oft genau und meinte dann: Wie gehen Kirchenleitungen mit Initiativen, mit Initiativgruppen, mit dem, was man in einer westlichen Diskussion etwa zur gleichen Zeit schon „neue soziale Bewegungen“ nannte, um? Wie gehen

Kirchenleitungen mit solchen Gruppen um, die sich in der Kirche oder unter dem Dach der Kirche versammelten?

Ich werde in der hier gebotenen Knappheit erstens etwas zu unterschiedlichen Gruppen sagen, zweitens etwas zu Rahmenbedingungen für dieses im Thema angesprochene Verhältnis, drittens zu Dimensionen des Konflikts und viertens zu politischen Wirkungen.

Zunächst etwas zu unterschiedlichen Gruppen: Für eine Sitzung der Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR im Dezember 1988 ist eine Zusammenstellung, eine Übersicht über solche Gruppen versucht worden. Da zeigte sich in etwa, daß es rund 160 Friedensgruppen in der DDR gab. Darunter waren Gruppen für Friedenserziehung, Gruppen von Wehrdienstverweigerern, „Ärzte für den Frieden“, „Frauen für den Frieden“. Es gab rund 80 Umweltgruppen, rund 45 Zweidrittelweltgruppen, darunter einige Wirtschafts- oder Gerechtigkeitsgruppen, und rund 30 Frauengruppen. Das waren Gruppen, die sehr unterschiedlich zusammengesetzt waren, für die schon sehr früh basisdemokratische Verabredungen galten, etwa für die Vertretung nach außen, das hieß häufig zunächst für die Vertretung gegenüber Kirchenleitungen. Gruppen, die ganz grob geschätzt etwa 5.000 Menschen umfaßten, die in einem hohen Maße aktiv geworden waren und selbst bewußtseinsbildend tätig waren. Ich nenne diese Zahl, um deutlich zu machen, daß ein Potential von Menschen da war, das weit über die Schätzung, die wir selbst gewagt haben, hinausging. Nicht erfaßt in einer solchen Übersicht sind die zahlreichen Gemeindefriedenskreise, die verschiedenen Formen der offenen Arbeit oder offenen Jugendarbeit, die zum Teil zu solchen Themen extra Arbeitskreise gebildet hatten. Emanzipatorische Gruppen, z. B. Gruppen von Schwulen und Lesben, sind hier nicht erfaßt, auch nicht Bewegungen, die in diesem Thema „Kirche und Gruppen“ immer mitverhandelt wurden, obwohl sie ganz andere Phänomene waren, wie „Die Kirche von unten“ oder der Arbeitskreis „Solidarische Kirche“. Es hat eine ganze Reihe von Selbsthilfegruppen gegeben – Anonyme Alkoholiker oder Krebskranke – und fast alle dieser Gruppen haben irgendwann in eine politische Dimension hineingearbeitet, haben sich nicht beschränken können auf ihr ursprüngliches Thema. Nicht erfaßt sind auch die zahlreichen sehr lebendigen charismatischen Gruppen in der DDR, die die Kirchenleitungen erheblich, die Sicherheitsorgane aber fast gar nicht beschäftigt haben. Alle diese Gruppen in einer Übersicht zusammenzustellen, würde aber auch Unterschiede, etwa zwischen sozialisierenden Gruppen, Initiativgruppen, emanzipatorischen Bewegungen und Minderheitenkulturen, verwischen. Ich deute dies alles nur an, um etwas deutlich zu machen von der Breite, auch von der kulturellen Breite dieses Phänomens.

Zum zweiten, Rahmenbedingungen: Ich nenne vier Rahmenbedingungen. Zunächst eine, die so selbstverständlich ist, daß man sie kaum zu nennen braucht: In der DDR zählte jede Stimme. Darum sind wir so gedrängt worden,

zur Wahl zu gehen. Obwohl 99,8 Prozent gewählt haben, ist jeder einzelne oder fast jeder einzelne immer noch gedrängt worden. Das klingt ein bißchen ulkig, dahinter steht aber etwas sehr Ernsthaftes, nämlich daß eine abweichende Stimme sofort durchgemeldet wurde und eine ungeheure Wirkung hatte. Um öffentliche Wirkung zu machen, jedenfalls in dem eingeschränkten Rahmen von Öffentlichkeit, brauchte man bei uns keine Mehrheiten. Und das hängt mit dem besonderen Charakter von Öffentlichkeit zusammen. Öffentlichkeit im Sinne bürgerlicher Öffentlichkeit, wie sie vor allem Havemann beschrieben hat, ist in der DDR entschieden und gezielt unterdrückt worden. Das ist eine Rahmenbedingung, mit der wir gearbeitet haben, das heißt aber auch, die wir manchmal einsetzen konnten, weil die eine abweichende Stimme enorme Effekte hatte.

Die zweite Rahmenbedingung: Kirche war fast der einzige Ort für eine relativ freie Kommunikation. Warum kommst du zur Jungen Gemeinde, warum gehst du in diesen Friedenskreis? Manche sagten als erste Antwort: „Weil ich mich hier frei äußern kann.“ Sie hatte also eine Funktion, die manchmal mit dem Wort „Dach“ beschrieben wird und die präziser heißt: Sie war stellvertretende Öffentlichkeit. Hier konnten Menschen ihre eigenen Bedürfnisse und Interessen entdecken, in Gruppen formulieren. Sie konnten sie zum Ausdruck bringen und Aktionen und Initiativen planen. Stellvertretende Öffentlichkeit war die Kirche, das ist ihr selbst oft nicht bewußt gewesen.

Die dritte Rahmenbedingung ist eine Rahmenbedingung, die die Entstehung und die Arbeit von Initiativgruppen und Basisgruppen besser erklärt. Es gab eine ganz besondere Nähe von Kirche und Gruppen. Zunächst sozusagen eine strukturelle Nähe, weil es eine lange kirchliche Erfahrung gab mit Gruppen, die innerhalb der Kirche aktiv geworden sind und die weder aufgesogen noch ausgestoßen worden sind. Das reicht vom Mönchtum bis zur landeskirchlichen Gemeinschaft, und es ist soziologisch eine erhebliche Leistung, daß eine Großkirche eine Bewegung weder aufsaugt noch ausstößt. Es gibt aber eine zweite besondere Nähe: kirchliche Aktivitäten z. B. für Bausoldaten, im Einsatz für Benachteiligte, etwa Angehörige von Inhaftierten, in der Erziehung zum Frieden. Aber auch die ganz normale Jugendarbeit und Erwachsenenbildung haben oft aus sich heraus gesetzt, haben oft zu kritischer Solidarität ermuntert, haben zum aufrechten Gang erziehen wollen. Und viele der Gruppen haben dann einfach das getan, was Jahre vorher durch kirchliche Arbeit vorbereitet worden war, auch wenn das als politisches Ziel in der Regel nicht in der Absicht kirchlicher Arbeit gelegen haben wird.

Vierte Rahmenbedingung: Eine ganz eigentümliche Rahmenbedingung ist die wachsende Spannung in den achtziger Jahren zwischen der Basisdemokratie der Gruppen und einer Art Hierarchisierung in den Kirchen gewesen. Je heißer das Thema war, desto höher war die Ebene, auf der Staatsorgane Kirchenvertreter angesprochen haben. Es wurde nicht mit den Betroffenen

gesprochen, sondern mit den je nach Ebene und Brisanz des Themas zuständigen Kirchenleitern. Für die Kirchenleitungen bedeutete es doppelte Arbeit, zu klären, wer nun eigentlich mit wem spricht.

Ich komme zum dritten – Dimensionen des Konflikts. Ich nenne auch hier vier Punkte, auch das hat exemplarischen Charakter, vier Dimensionen des Konflikts zwischen Kirchenleitungen und Gruppen. Eine Grunddimension diese Konflikts ist – so ist das manchmal ab Mitte der achtziger Jahre ausgedrückt worden –, daß der Sozialismus durch die Perestroika und die Kirche durch die Gruppen verunsichert war. Wenn zwei Verunsicherte nun noch einmal miteinander zu tun haben, dann ist nicht sicher, ob sie sich anlehnen, um sich zu stärken, oder ob eben etwas anderes passiert, z. B. dies: Kirchenleitungen hatten über die Jahre hin immer wieder Papiere, Studien in Auftrag gegeben, etwa zur Seelsorge an Wehrpflichtigen – und das war schon kein selbstverständliches Studienprojekt in unseren Kirchen – oder zur Erziehung zum Frieden. Der Ausschuß Kirche und Gesellschaft der evangelischen Kirchen in der DDR hatte 1984 eine Ausarbeitung „Die Kirche und die Friedensgruppen“ vorgelegt, stark durch Heino Falcke beeinflusst. 1985 war sie Gegenstand der Beratung in der Konferenz der Kirchenleitungen, eine erste ausführliche Behandlung unseres Themas innerhalb der Kirchen, jedenfalls der evangelischen Kirchen in der DDR. Aber plötzlich kamen entsprechende Vorgänge, Studienprojekte, lange schriftliche Vorlagen aus den Gruppen. Die Erwartung an kirchliche Einrichtungen war nun, Publikationshilfe zu leisten. Zwei Beispiele dafür: Ein junger Mann, der selbst immer als Gruppenmann geführt wird, aber nie zu einer Gruppe gehört hat – Michael Beleites – hat gesagt: Wenn unsere Synoden erklären, daß die Herstellung und nicht erst der Einsatz von Massenvernichtungsmitteln gegen Gottes Willen ist, dann ist auch die Uranförderung im Süden der DDR daraufhin kritisch zu betrachten. In Ausführung eines Synodenbeschlusses hat er sich also in einer großen Privatresearche um die Uranförderung und die ökologischen und Gesundheitsfolgen bemüht und das in einem innerkirchlichen Privatdruck unter dem Titel „Pechblende“ – übrigens auch schriftstellerisch ein ganz eindrucksvolles Stück – herausgegeben.

Ein zweites Beispiel: Eine Energiestudie, im Zusammenhang des Ausschusses Kirche und Gesellschaft lange behandelt, im wesentlichen von Sebastian Pflugbeil erstellt, ist dann schließlich noch mit kirchlicher Herausgeberschaft gedruckt worden, mit dem Ziel, eine längst überfällige Energiediskussion in der DDR in Gang zu bringen. Aber das Ganze waren hochkomplizierte Diskussionen, weil nicht nur die Vielfältigungsgenehmigungen, sondern auch der mögliche staatliche Zugriff auf die Vielfältigungstechnik zur Diskussion stand. Ich deute das nur als eine Dimension des Konflikts an und komme zu einer zweiten. Das Stichwort „Sklavensprache“ hat unter uns in den achtziger Jahren zunehmend die Runde gemacht und meinte

eine Sprache, die in einer solchen Weise kritisch über DDR-Vorgänge zu sprechen versuchte, daß es nach außen hin fast nicht mehr zu hören war, nur sozusagen für die innerkirchliche Verständigung. Das Wort war vielleicht ein bißchen bissig, hatte vielleicht auch Elemente von Selbstkränkung, jedenfalls war es Ausdruck einer Oben-Unten-Spannung in den Kirchen. Mitglieder von Basisgruppen haben zunehmend schlechter akzeptieren können, daß in einer Art paternalistischem Akt durch Kirchenleitungen für sie Feuerwehrhilfe geleistet wurde. Dieser Ärger hat sich vor allem an Manfred Stolpe festgemacht, der völlig unbestritten, auch damals unbestritten, einer ganzen Reihe von Menschen geholfen hat. Aber es ging um die Art, auch um das, was ich vorhin Hierarchisierung genannt habe. Mit den Betroffenen wurde kaum noch gesprochen, jedenfalls nicht in der direkten Kommunikation von staatlichen Stellen und Basisgruppen. Soll man die Unterdrückung von Öffentlichkeit akzeptieren, oder sollen wir – das haben sich Basisgruppen zunehmend gefragt – diese Spielregeln nicht mehr akzeptieren und Öffentlichkeit durch Aktion herstellen?

Eine dritte Dimension des Konflikts: Das Stichwort „politische Diakonie“. Eine Kirche, die für andere da sein will, gerät in Spannung zu ihrem Auftrag, denn einerseits muß sie sich für Gerechtigkeit einsetzen, andererseits muß sie für alle erreichbar sein. Sie muß sich aber auch mit denen auseinandersetzen, die Unrecht tun. Ziviler Ungehorsam kann dann ein Mittel werden. Für die Gespräche zwischen Kirchenleitungen und Gruppen ist das immer eine äußerste Grenze gewesen. Die Angst, daß Gewalt angewandt wird, begann schon bei dem, was wir „zivilen Ungehorsam“ nennen. Und Gewalt sollte auf keinen Fall – das war bei beiden Seiten übereinstimmende Meinung – angewandt werden. Nur, wo Gewalt beginnt, darüber gab es keine Übereinstimmung. In der vorhin schon erwähnten Sitzung der Konferenz der Kirchenleitungen im Dezember 1988 ist gesagt worden: Die Gruppen wollen keine politische Opposition bilden, aber sie wollen Machtkontrolle aufbauen und ausüben. Und Landesbischof Hempel aus Dresden hat in derselben Sitzung im Dezember 1988 gesagt: Was können wir tun, um zwischen Kirchenleitungen und Gruppen das Grundvertrauen zu erhalten? Er befürchtete, „daß in sechs bis acht Monaten ein Knall passieren könnte“, so wörtlich. Und er nahm an, daß das nicht in Berlin, sondern im Süden der DDR passiere.

Eine vierte Dimension des Konflikts nenne ich unter dem Stichwort „Gemeindeaufbau“. In der DDR, wo die Konfrontationsschwelle sehr niedrig war, und in einer Kirche, die auch erst begonnen hatte, Konfliktfähigkeit einzuüben, vor allem in der Kinder- und Jugendarbeit, waren die Gruppen ausgesprochen beunruhigend, weil ihre Bereitschaft zu Konflikten größer war als landläufig in Gesellschaft und Kirche. Außerdem verärgerten die Gruppen auch auf Gemeindeebene, nicht nur auf Leitungsebene, Gemeinden,

die erlebten, daß die Aufmerksamkeit ihrer Mitarbeiter dauernd durch die Gruppen gebunden war; Mitarbeiter, die erlebten, daß ihre Kooperationsfähigkeit überstrapaziert wurde. Es hat dann manchmal den Wunsch gegeben, daß man doch bei den Gruppen deutlicher sagen könnte, was noch eine kirchliche Gruppe ist – das wünschten sich vor allem Gemeindeglieder, aber auch Kirchenleitungen –, und wo Leute ausgegrenzt werden müssen, um der Klarheit und der Sicherheit, wohl auch der kirchlichen Arbeit willen. Aber es ist immer dazugesagt worden: „Diese Ausgrenzung ist angesichts des dann zu befürchtenden staatlichen Zugriffs ja gar nicht möglich“, einmal sagte auch einer, „leider nicht möglich“.

Ich komme zum vierten Punkt: politische Wirkungen. Ich will zum einen etwas zu politischen Wirkungen in der DDR sagen, zum anderen zu deutschlandpolitischen Wirkungen. Zunächst also politische Wirkungen in der DDR: Es hat seit 1982 im Herbst zunächst in Halle, dann 1983 im Februar in Dresden, Aktionen im Zusammenhang mit Gottesdiensten gegeben, die eine viel größere Öffentlichkeit gewollt und erreicht haben als alles, was es vorher gab. Der Weg von mehreren Hundert Menschen von einer Kirche zur anderen wurde zum Teil durch Stasiautos, die in diese Gruppen hineinrasten, erheblich behindert. Umstritten war, ob man Trageelemente, wie das bei uns hieß, mitführen dürfe. Das waren bei uns nicht Transparente, sondern vielleicht Plakate oder ein Kreuz, wie sonst bei Prozessionen, oder Kerzen oder Blumen. In Halle wurden Blumen an die Polizei verteilt. Schweige- und Mahnwachen gab es zuerst in Jena und in Berlin. Aber auch ganz andere Aktionen wie Baumpflanzaktionen stellten eine Öffentlichkeit her, die für die jeweiligen staatlichen Stellen höchst beunruhigend war, und bauten zugleich Öffentlichkeit auf, also das, was an sich ja gezielt verhindert werden sollte. Mir scheint, daß das die erste wichtige Leistung dieses Phänomens der Gruppen, die in der Kirche oder am Rande der Kirche gearbeitet haben, ist, daß sie Öffentlichkeit in einem erheblichen Umfang einfach hergestellt haben, ohne noch zu fragen, was erlaubt ist.

Eine zweite politische Wirkung: Es hat einiges an sozialem Wandel gegeben. Unter der Überzeugung, daß Frieden mehr als Ruhe und Ordnung ist, gab es seit Mitte der siebziger Jahre eine immer intensivere Friedenserziehung in den Kirchen. Das hat unzählige Menschen erreicht. Es gab das Einüben offener Kommunikation in Großveranstaltungen der Jugendarbeit überall in der DDR ebenso wie kleine Trainingsgruppen zum Training für Gewaltfreiheit, übrigens auch zum Umgang mit dem Staatssicherheitsdienst. Es hat sozialen Wandel gegeben, jedenfalls Ansätze dazu, durch eine intensive jahrelange Arbeit, die wir oft etwas pauschal „Friedensarbeit“ genannt haben, die aber eine viel größere Breite hatte und an der Gemeindeglieder, Katecheten, Pfarrerinnen und so fort beteiligt gewesen sind. Das ist eine Geschichte, wo die Grenze zwischen Kirche und Gruppen verschwimmt.

Dritte politische Wirkung: Die Ökumenische Versammlung in Magdeburg

und Dresden war ein ganz besonderer Kommunikationsvorgang, weil sie Mitglieder von Basisgruppen, Mitglieder aus Kirchenleitungen und Experten, wie wir das nannten, also Fachleute für bestimmte Schwerpunktthemen in ein ganz dichtes Gespräch brachte. Dieses Gespräch wurde dadurch verstärkt und intensiviert, daß zwischen dieser Ebene der aktiv Gewordenen und den Gemeinden und Basisgruppen ein immer dichter Kommunikationsvorgang mit der Bitte um „Problemmeldungen“ über das Leben in der DDR in Gang kam. Das Ergebnis war, daß in einer Reihe von 12 verhältnismäßig kurzen Texten wichtige Probleme der DDR, aber auch wichtige Weltprobleme aus der Optik der DDR, vorlagen und überall in der DDR diskutiert wurden. Ein ganz brisanter Vorgang, wenn überall dasselbe diskutiert wird. Ich vermute, daß das der entscheidende Impuls gewesen ist, nach dem langen Vorlauf, den ich geschildert habe, für die Veränderungen im Herbst 1989, daß die Ökumenische Versammlung sozusagen eine entscheidende Bündelung war für das, was unter dem Thema „Kirche und Gruppen“ positiv festzuhalten ist. Es ist sicher kein Zufall, daß viele derer, die in der Ökumenischen Versammlung gesessen haben, dann in die Politik gegangen sind. Was ich beschrieben habe, ist eine kirchliche Linie. Dabei bestanden die Gruppen in der Regel aus Christen und Nichtglaubenden, gemischte Gruppen, und in einigen Fällen benutzten Nichtchristen das Dach der Kirche, während Christen mit Bedacht sich außerhalb der Kirche zu organisieren begannen. Ich habe auch nicht von den Gruppen gesprochen, die sich seit den siebziger Jahren als linke Opposition verstanden, zum Beispiel auf Kreise um Rudolf Bahro zurückgingen. Ich habe nicht gesprochen von Beziehungen einiger Gruppen zur westdeutschen, zur holländischen, zur englischen Friedensbewegung, zur Charta 77, zu Solidarnosc, zu Dialoggruppen oder Helsinki-Gruppen. Ich habe nicht von ihren Bemühungen um eine europäische Plattform gesprochen, eine für die Sicherheitsorgane und die sie befehlende Parteispitze besonders bedrohliche Absicht. Das alles, so ist mir gesagt worden, ist Gegenstand einer extra Anhörung. Ich erwähne es aber hier, weil es vom Thema „Kirche und Gruppen“ personell und sachlich nicht zu trennen ist.

Zum Schluß die deutschlandpolitische Wirkung: Mir sind zwei Beispiele für ausdrücklich grenzüberschreitende Aktionen von Gruppen in den Sinn gekommen. Die eine geschah im Herbst 1983, als von einem evangelischen Propst, einem evangelischen Jugenddiakon und einem Laien organisiert, in Meiningen parallel zu Fulda eine Aktion als Protest gegen die Raketenstationierung versucht wurde. Die Spielregel hieß: Jeder protestiert gegen die eigenen Raketen um der anderen willen, weil uns doch immer aufgetragen worden ist, gegen die bösen Raketen des Westens zu protestieren. Dieser Versuch ist fast mißlungen, weil natürlich die Bemühungen, daß jemand aus Fulda aus der entsprechenden Großveranstaltung über die Grenze kommt und ein Grußwort mitbringt, an der Grenze abgefangen wurden, aber immerhin, es gab

ein paar kleine Nachrichten hin und her, und beide Aktionen verstanden sich als aufeinander bezogene Aktionen. Zu den Behinderungen – um das einmal am Rande zu sagen – gehört, daß der Jugenddiakon, den ich hier im Raum auch sehe, auf einer Fahrt nach Berlin auf der Autobahn plötzlich angehalten wurde, sein Auto untersucht und Materialien beschlagnahmt wurden, irgendwo im Grünen. So etwas passierte auch nicht alle Tage, auch bei uns nicht. Eine andere bewußt grenzüberschreitende Aktion gab es von Gruppen im Herbst 1988 in Berlin im Zusammenhang mit der Jahrestagung von IWF und Weltbank. Zu der großen Anhörung über Menschenrechte im Westen sollte etwas Entsprechendes im Osten passieren, was nur in sehr kleinem Rahmen möglich war. Aber immerhin, hier sind zwei Beispiele für Versuche, etwas Grenzüberschreitendes auf der Ebene der Gruppen zu organisieren.

Zweiter Punkt unter der Frage nach den deutschlandpolitischen Wirkungen. Was haben die westdeutschen Regierungen in diesen Jahren, was haben die Parteien wahrgenommen von dem Phänomen der Gruppen, und wie haben sie es bewertet? Als neue soziale Bewegung oder schon als potentielle Opposition oder auch als Faktor, der die mitteleuropäische und die deutsch-deutsche Stabilität gefährden könnte? Ich kann diese Frage nur stellen, aber sie interessiert mich außerordentlich. Wer hat sich für welche Inhaftierten eingesetzt? Ich erinnere mich sehr genau, wer sich für Katrin Eigenfeld einsetzte und wer für Bärbel Bohley und Ulrike Poppe. Welche ostdeutschen Gruppen hatten welche westdeutschen Parteien als Partner? Es lohnte sich, dies anzusehen, weil die Frage nach deutschlandpolitischen Wirkungen auch auf dieser ja zum Teil sehr dichten Kommunikationsebene zu beantworten sein wird. Das dritte zum Schluß, und ich erinnere nur an das, was ich eben im dritten Teil gesagt habe: Ich vermute, daß die Ökumenische Versammlung der entscheidende Impuls für deutschlandpolitische Veränderungen gewesen ist. Es lohnt sich, sie im Blick darauf noch einmal anzusehen. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte einleitend noch einmal an die Funktion der beiden Referate erinnern, die wir soeben gehört haben. Sie sollen uns einstimmen – sie haben von daher eine dienende Funktion – auf das, was jetzt unter Leitung unseres Kollegen Hilsberg seinen Fortgang nehmen soll. Ich habe angekündigt, daß keine Ergänzung, sondern tatsächlich nur Verstehensfragen an die beiden Referenten gestellt werden dürfen. Bitte, Herr Fricke.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe zunächst eine Frage an Herrn Stauss. Sie nannten interessante Zahlen über die Basisgruppen. Meine Frage: Gab es unter den Gruppen irgendeine Kommunikation, oder war Kommunikation unter den Bedingungen des Stasiregimes nicht möglich? Dann habe ich eine Frage an Herrn Pahnke. In Ihren Ausführungen spiegelte sich wider, daß es offenbar doch einen latenten